



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 21. Mai 2013

P130275

Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden und über den Schutz der schweizerischen Souveränität sowie Bundesbeschluss zur Genehmigung der europäischen Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken und über die Erlangung von Beweisen und Auskünften in Verwaltungssachen im Ausland; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Justiz genehmigt.

Begründung

Das EJPD führt im Auftrag des Bundesrats ein Vernehmlassungsverfahren zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden und über den Schutz der schweizerischen Souveränität. Mit dieser Vorlage sollen Lücken in einem bisher nicht oder lückenhaft geregelten Bereich geschlossen werden. Das neue Gesetz enthält grundlegende Bestimmungen, die die Zusammenarbeit zwischen schweizerischen und ausländischen Behörden in Verwaltungsangelegenheiten betreffen. Der Entwurf hält weiter fest, unter welchen Voraussetzungen ausländischen Behörden ausnahmsweise Amtshandlungen in der Schweiz bewilligt werden können. Ein weiterer Teil des Gesetzesentwurfs betrifft den Schutz der schweizerischen Souveränität. Es wird eine gesetzliche Grundlage geschaffen, die den Bundesrat bei Bedarf ermächtigt, entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Im Zusammenhang mit der Thematik der internationalen Zusammenarbeit stehen auch das Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken und das Übereinkommen über die Erlangung von Beweisen und Auskünften in Verwaltungssachen im Ausland. Diese beiden Übereinkommen sollen ratifiziert werden. Der Kanton Basel-Stadt begrüsst insgesamt den Vorentwurf, regt jedoch an, einzelne Bestimmungen zu präzisieren bzw. zu ändern.

